

Nr. 29 (XXXIV) Allgemeines<sup>1</sup>

*Das Exekutiv-Komitee*

- a) *bekräftigte* die fundamentale Bedeutung der internationalen Schutzfunktion des Hochkommissars;
- b) *nahm zur Kenntnis*, dass die internationale Schutzfunktion nicht nur die Aufgabe beinhaltet, die Entwicklung und Beachtung von grundlegenden Rechtsnormen für die Behandlung von Flüchtlingen zu fördern, sondern auch mit allen in seiner Zuständigkeit gegebenen Mitteln die Förderung von Maßnahmen zur Sicherung der physischen Sicherheit von Flüchtlingen und Asylsuchenden zu gewährleisten.
- c) *nahm mit Befriedigung zur Kenntnis*, dass viele Staaten in verschiedenen Teilen der Welt – insbesondere Entwicklungsländer mit ernsthaften wirtschaftlichen Problemen – weiterhin die anerkannten internationalen humanitären Grundsätze für die Behandlung von Flüchtlingen beachten und das Prinzip des *non-refoulement*<sup>2</sup> respektieren;
- d) *nahm jedoch mit besonderer Sorge zur Kenntnis*, dass in verschiedenen Regionen die physische Sicherheit von Flüchtlingen und Asylsuchenden in bedenklichem Maße verletzt wurde durch militärische oder bewaffnete Überfälle, durch Übergriffe von Seeräubern und andere Formen von Brutalität wie auch durch unterlassene Hilfe für in Seenot geratene Asylsuchende;
- e) *nahm ebenfalls mit Besorgnis zur Kenntnis*, dass in vielen Teilen der Welt die Ausübung der internationalen Schutzfunktion des Hochkommissars durch restriktive Trends bei der Asylgewährung und der Feststellung der Flüchtlingseigenschaft schwieriger geworden ist;

---

<sup>1</sup> Dokument Nr. 12 A (A/38/12/Add.1)

<sup>2</sup> Siehe Seite 14

f) *betonte* mit Nachdruck die Notwendigkeit, dass weitere Staaten dem UN-Abkommen von 1951 sowie dem Protokoll von 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge beitreten, und begrüßte die seit der 33. Sitzung des Komitees zu verzeichnenden weiteren Beitritte zu diesen wichtigen humanitären Vertragswerken.

g) *rief* alle Staaten auf, die volle und wirksame Anwendung dieser und anderer von ihnen anerkannten Vertragswerke zum Schutz der Flüchtlinge sicherzustellen;

h) *nahm* mit Befriedigung *zur Kenntnis*, dass weitere Staaten innerstaatliche Maßnahmen getroffen haben, um die effektive Durchführung der Vorschriften des Abkommens von 1951 und des Protokolls von 1967 sicherzustellen, insbesondere was die Verfahren für die Feststellung der Flüchtlingseigenschaft betrifft; es betonte die Wichtigkeit, dass Staaten solche Verfahren festlegen, um eine faire und unparteiische Entscheidungsfindung zu garantieren, in Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Exekutiv-Komitees auf seiner 28. und 33. Sitzung.

i) *brachte erneut zum Ausdruck*, wie wichtig es sei, das für die Prüfung eines Asylantrags zuständige Land festzulegen unter Anwendung gleicher Kriterien, wie sie in der vom Exekutiv-Komitee auf seiner 33. Sitzung getroffenen Entschließung über „Flüchtlinge ohne Asylland“ niedergelegt sind.

j) *anerkannte*, dass es wichtig sei, die Grundsätze für den Schutz von Flüchtlingen weiter zu entwickeln, durch einen ständigen Dialog mit Regierungen, anderen Organisationen und akademischen Institutionen, sowie Lücken im internationalen Flüchtlingsrecht zu schließen, besonders im Hinblick auf Asylsuchende, deren Status nicht festgelegt ist, und auf den physischen Schutz von Flüchtlingen und Asylsuchenden;

k) *anerkannte* die Bedeutung der ständigen Aktivitäten des Hohen Kommissars, die darauf gerichtet sind, die Verbreitung des internationalen Flüchtlingsrechts und dessen Weiterentwicklung zu fördern; es begrüßte seinen Plan, das Rechts-Dokumentationszentrum seines Amtes in Zusammenarbeit mit dem „Internationalen Institut für humanitäres Recht“ in San Remo zu erweitern.

1) *betrachtete* es als unbedingt notwendig, dass die Regierungen mit dem Hohen Kommissar zusammenarbeiten, um diesem die Ausübung seiner internationalen Schutzfunktion zu erleichtern, und zwar durch Gewährung von Asyl, durch Bereitstellung von Dauerlösungen für Umsiedlung und örtliche Eingliederung sowie durch Schaffung von Bedingungen, die eine freiwillige Repatriierung begünstigen und fördern, wobei letztere, wann auch immer angemessen und durchführbar, die bevorzugte Dauerlösung für Flüchtlingsprobleme darstellt;

m) *würdigte* anerkennend die Arbeit des Unterausschusses für internationalen Rechtsschutz, der weiterhin eine wichtige Funktion in der Definition und Weiterentwicklung von Normen für die Behandlung von Flüchtlingen und Asylsuchenden sowie durch Unterstützung der Tätigkeit des Hohen Kommissars auf dem Gebiet des internationalen Schutzes erfüllt.